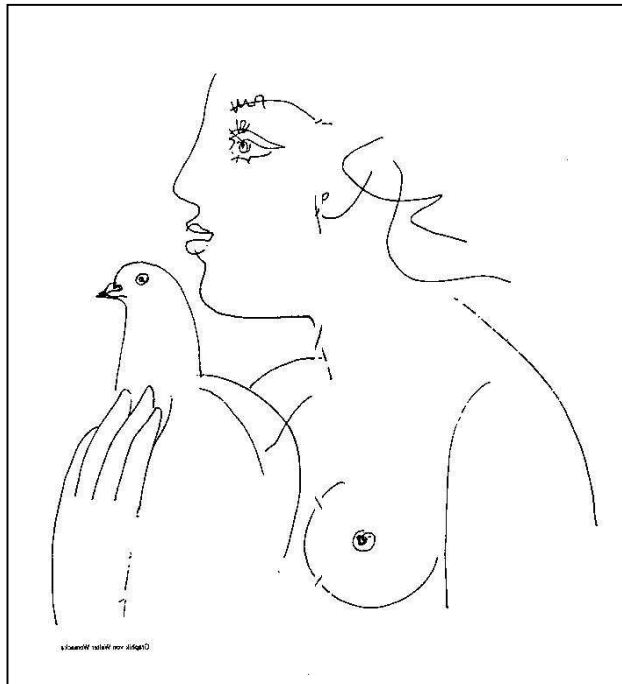


# Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 14



## Das Europäische Sozialforum in London

von

**Hans-Peter Richter**

Redaktionsschluss: 27.11.2004

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Das Europäische Sozialforum vom 14. - 17. Oktober in London fand in den Medien nur wenig Aufmerksamkeit. Wir möchten deshalb unseren Freunden und allen Interessierten eine Information über den Aufruf, den Inhalt und den Verlauf des Forums vorstellen.

## **Der Aufruf der Versammlung sozialer Bewegungen**

Abschlussklärung des Europäischen Sozialforums London, 17. Oktober 2004

Wir kommen von allen Kampagnen und sozialen Bewegungen, "Keine Stimme" - ("no vox") Organisationen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Organisationen der internationalen Solidarität, Antikriegs-, Friedens- und Frauenbewegungen. Wir kommen aus allen Regionen Europas, um uns in London zum dritten Europäischen Sozialforum zu treffen. Wir sind viele und unsere Stärke ist unsere Vielfalt.

Krieg ist heute der hässlichste und realste Ausdruck des Neoliberalismus. Der Krieg und die Besatzung im Irak, die Besatzung Palästinas, die Massaker in Tschetschenien und die versteckten Kriege in Afrika zerstören die Zukunft der Menschheit. Der Irakkrieg war mit Lügen gerechtfertigt worden. Heute ist der Irak erniedrigt und zerstört. Die Iraker sind Gefangene des Krieges und des Terrors. Die Besatzung hat weder Freiheit noch eine Besserung der Lebensbedingungen gebracht. Im Gegenteil: Die Vertreter der These vom "Zusammenstoß der Kulturen" ("clash of civilisation") sind heute gestärkt.

Wir kämpfen für den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak, für einen sofortigen Stopp der Bombardierungen und für die sofortige Wiederherstellung der Souveränität des irakischen Volkes.

Wir unterstützen die palästinensischen und israelischen Bewegungen, die für einen gerechten und dauerhaften Frieden kämpfen. Entsprechend dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes der Vereinten Nationen und dem einstimmigen Votum der europäischen Staaten in der UN-Vollversammlung fordern wir ein Ende der israelischen Besatzung und die Beseitigung der Apartheidmauer. Wir fordern politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen die israelische Regierung, solange sie weiterhin internationales Recht und die Menschenrechte des palästinensischen Volkes verletzt. Daher werden wir für die internationale Aktionswoche gegen die Apartheidmauer vom 9. bis 16. November, zu **europäischen Aktionstagen am 10. und 11. Dezember, dem Jahrestag der Verabschiedung der UN-Menschen-**

**rechtserklärung**, mobilisieren.

Die Destabilisierung des globalen Klimas stellt eine beispiellose Bedrohung für die Zukunft unserer Kinder und für die Menschheit insgesamt dar. Wir unterstützen den **Aufruf von Umweltorganisationen zu internationalen Aktionen gegen den Klimawandel in 2005**. Wir unterstützen Kampagnen gegen gentechnisch veränderte Organismen, für sichere Landwirtschaft, Nahrung und Umwelt.

Im **Februar 2005 werden wir uns den Protestaktionen gegen den NATO-Gipfel in Nizza** anschließen. Wir wenden uns gegen die von den G-8-Staaten angemauerte Übernahme globaler Regierungsfunktionen und einer Politik des Neoliberalismus. Daher bitten wir um massenhafte **Mobilisierung anlässlich des G-8-Gipfels in Schottland im Juli 2005**.

Wir wollen ein anderes Europa, das Sexismus und Gewalt gegen Frauen ablehnt und das Recht auf Abtreibung anerkennt. Wir unterstützen den internationalen Aktionstag gegen Gewalt gegen Frauen am 25. November und die Europäische Initiative. Wir unterstützen die Mobilisierung zu den Feiern des Internationalen Frauentags am 8. März. Wir unterstützen die **Europäische Initiative zum 27. / 28. Mai in Marseille**, die vom weltweiten Marsch für die Frauen vorgeschlagen wurde.

Wir treten ein gegen Rassismus und die Festung Europa und für die Rechte der Einwanderer und Asylsuchenden; wir sind für Bewegungsfreiheit, für das Staatsbürgerrecht nach dem Residenzprinzip und für die Schließung der Abschiebehaftanstalten. Wir wenden uns gegen die Abschiebung von Einwanderern. Wir schlagen einen **Aktionstag am 2. April 2005 vor: gegen Rassismus, für Bewegungsfreiheit und für das Bleiberecht** als Alternative zu einem Europa der Exklusion und der Ausbeutung.

In der Zeit, in welcher der Entwurf für die Europäische Verfassung ratifiziert werden soll, müssen wir darauf bestehen, dass die Menschen in Europa darüber direkt befragt werden. Der Verfassungsentwurf ist unvereinbar mit unseren Vorstellungen. Dieser Verfassungsvertrag erhebt den Neoliberalismus zur offiziellen Doktrin der EU; er macht den Wettbewerb zur Grundlage des Europäischen Gemeinschaftsrechts und faktisch aller menschlichen Aktivitäten; er ignoriert vollständig die Ziele einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft. Dieser Verfassungsvertrag garantiert weder gleiche Rechte noch das Recht auf Bewegungsfreiheit noch das Recht auf Niederlassungsfreiheit und Staatsbürgerschaft für alle, unabhängig von ihrer Nationalität. Der Verfassungsvertrag räumt der

NATO eine Rolle in der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik ein drängt auf die Militarisierung der EU. Schließlich rückt er den Markt an die erste Stelle, drängt das Soziale an den Rand und beschleunigt die Zerstörung der öffentlichen Dienstleistungen.

Wir kämpfen für ein anderes Europa. Unsere Mobilisierung lässt auf ein Europa hoffen, in dem die Unsicherheit der Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Wir kämpfen für eine überlebensfähige Landwirtschaft, die von den Landwirten selbst kontrolliert wird, eine Landwirtschaft, die Arbeitsplätze bietet und die Qualität der Umwelt und der Lebensmittel zum Vorteil aller verteidigt. Wir wollen ein weltoffenes Europa mit dem Recht auf Asyl, Bewegungsfreiheit und dem Recht auf Staatsbürgerschaft nach dem Residenzprinzip. Wir verlangen wirklich soziale Gleichheit und gleichen Lohn zwischen Mann und Frau. Unser Europa wird kulturelle und sprachliche Unterschiedlichkeit respektieren und fördern. Unser Europa wird das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung anerkennen und den verschiedenen Völkern Europas erlauben, über ihre Zukunft demokratisch zu entscheiden. Wir kämpfen für ein anderes Europa, das die Rechte der Arbeitnehmer achtet und eine angemessene Entlohnung sowie ein hohes Maß an sozialer Sicherheit gewährleistet. Wir kämpfen gegen alle Regelungen, die Unsicherheit produzieren, indem sie neue Methoden der Arbeitnehmerüberlassung ermöglichen ("new ways of subcontracting work").

Wir kämpfen für ein Europa, das sich dem Krieg verweigert, für einen Kontinent der internationalen Solidarität und für eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Wir kämpfen für Abrüstung, gegen atomare Waffen und gegen US- und NATO-Militärstützpunkte. Wir unterstützen all jene, die den Militärdienst verweigern.

Wir wenden uns gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und gemeinsamer Güter wie Wasser. Wir kämpfen für Menschenrechte, für soziale, ökonomische, politische und ökologische Rechte zur Abwehr und Überwindung der Herrschaft des Marktes, der Logik des Profits und der Beherrschung der Dritten Welt durch die Schuldendienste. Wir wenden uns gegen die Instrumentalisierung des "Kriegs gegen den Terrorismus" zum Zweck des Angriffs auf demokratische und Bürgerrechte und um abweichende Meinungen und soziale Konflikte zu kriminalisieren. Die Europäische Soziale Bewegung unterstützt die nationale Mobilisierung der italienischen Bewegung anlässlich der Unterzeichnung des Europäischen Verfassungsvertrags am **30. Oktober - gegen Krieg, Deregulierung**

**("liberalisation") und Rassismus**, für den Truppenabzug aus dem Irak und für ein anderes Europa. Die Europäische Soziale Bewegung unterstützt die **nationale Mobilisierung in Barcelona gegen den EU-Gipfel zur Europäischen Verfassung im Januar 2005**. Wir unterstützen die Mobilisierung am 11. November 2004 gegen die Bolkestein-Richtlinie.

In einer Zeit, in der die neue EU-Kommission schamlos eine hochgradige Laissez-faire-Politik vorantreibt, müssen wir in allen europäischen Ländern einen Prozess der Mobilisierung in Gang setzen, um die Anerkennung sowohl individueller wie auch kollektiver sozialer, politischer, wirtschaftlicher, kultureller und ökologischer Rechte für Frauen und Männer gleichermaßen durchzusetzen. Um allen Menschen in Europa die Teilnahme an dieser Mobilisierung zu ermöglichen, müssen wir eine Bewegung schaffen, die unsere Differenzen überwindet und alle Kräfte in Europa vereint, die bereit sind, sich in den Kampf gegen den europäischen Neoliberalismus einzubringen.

Am 20. März 2005 jährt sich zum zweiten Mal der Beginn des Krieges gegen Irak. Am 22. und 23. März trifft sich der Europäische Rat in Brüssel. Wir rufen daher zu nationalen Mobilisierungen in allen europäischen Ländern auf. **Für den 19. März rufen wir zu einer zentralen Demonstration nach Brüssel auf:** gegen Krieg und Rassismus und gegen ein neoliberales Europa, gegen Privatisierung, gegen das Bolkestein-Projekt und gegen die Angriffe auf die Arbeitszeit, für ein Europa der Rechte und der Solidarität zwischen den Völkern. Wir rufen alle sozialen Bewegungen und die europäischen Gewerkschaften auf, an diesem Tag auf die Straße zu gehen.

(Übersetzung aus dem Englischen: Peter Strutynski)

## **Bericht über das Europäische Sozialforum in London**

Nach Florenz im November 2002, Paris im November 2003 fand nunmehr das dritte ESF vom 14. - 17. Oktober in London statt. Mehr als 25.000 Teilnehmer kamen zusammen, um an den 30 Plenarversammlungen, 166 Seminaren und 230 politischen Workshops, den 231 kulturellen Ereignissen teilzunehmen. Dazu gab es noch 21 größere Ausstellungen, unzählige Stände und weitere Begleitveranstaltungen. Das war beim besten Willen von Einzelnen nicht zu schaffen, so dass im Prinzip jeder mit einem anderen Erlebnis wieder zurückkehrte. Zum Glück gab es nur zwei

Veranstaltungsorte, Alexandra Palace im Norden und Bloomsbury im Zentrum, dort aber auch an 11 verschiedenen Stellen.

Die Eröffnungsveranstaltung in der Southwark-Kathedrale zeigte die angestrebte Breite dieses ESF. Der Gastgeber, der Londoner Bürgermeister, Ken Livingstone, kritisierte erneut in seiner kämpferischen Rede den Kriegskurs seiner Landesregierung und seiner Partei. Weitere Prominente neben ihm waren:

- Susan George, Vizepräsidentin von attac-Frankreich und eine der bekanntesten Globalisierungskritiker.
- Gerry Adams, der irische Politiker von Sin Fein,
- Dr. Aleida Guevara, die Tochter von Ché Guevara.

Es sprachen auch Vertreter aus Afrika und Indien und der Präsident der Transport-Gewerkschaft (TUC). Alle verbreiteten eine kämpferische Stimmung. Die Einigkeit war zu spüren „für ein anderes Europa in einer anderen Welt“ – das war das Motto des ESF.

Es hat ungefähr gleich viele Veranstaltungen zu den Themen Krieg, Demokratie, Soziale Gerechtigkeit, Rassismus, Umwelt, Globalisierung gegeben.

Welche Veranstaltungen die meisten Leute angezogen haben, war eine interessante Beobachtung.

Die größten Treffen waren die zum Irak, US-Imperialismus, Palästina und Widerstand gegen die Besatzung.

Eine wichtige Rolle spielte auch die Debatte um politische Alternativen zur Sozialdemokratie. Das größte Treffen zu diesem Thema war ein „Seitentreffen“ des ESF (da politische Parteien nicht zugelassen waren) – eine Großveranstaltung von „Respect“<sup>1</sup> mit 1.500 Teilnehmern.

Der Workshop der Wahlalternative zu „Bewegung und Parlament“ war mit knapp 200 Teilnehmern gut besucht.

Zu einem linken Gewerkschaftstreffen, das von der Zeitung „Postworker“ und der Unison-Linken<sup>2</sup> organisiert worden war, kamen 500 Teilnehmer.

Zu einer hitzigen Debatte über das Kopftuchverbot kamen mindestens 400 Personen zusammen. Anders als in Frankreich waren die Fürsprecher des Kopftuchverbotes, allen voran Bernard Cassen von Attac-Frankreich, hier in der Defensive. Die französische Feministin Christine Delphi war neben Salma Yacoob von der Stop the War coalition die Starrednerin des Podiums gegen das Verbot.

---

<sup>1</sup>„Respect“ ist eine Bewegung gegen den Kriegskurs von T. Blair - für eine neue Labor – Partei

<sup>2</sup> UNISON - britischen Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes

Eine wichtige Rolle spielte der Entwurf eines Vertrages für die europäische Verfassung. Zu meinem Erstaunen zeigte sich jedoch beim ESF, dass dieser Entwurf nicht so strikt abgelehnt wurde, wie ich das von einer kritischen, sozialen Bewegung erwartet hätte. Die Befürworter waren klar in der Minderheit. Sie kamen vom TUC und anderen Gewerkschaften, wie z.B. den Europäischen Föderalisten, die der SPD nahe stehen sollen. Bei der Argumentation kamen zwei Hauptgründe:

Wer jetzt die Verfassung ablehne, mache die 50-jährige Entwicklung für eine europäische Einigung zunichte. Das ist natürlich Unsinn. Bisher ging es in 50 Jahren auch ohne Verfassung. Die bisherigen Verträge (Maastricht, Nizza, usw.) gelten außerdem weiter.

Der andere Grund war, dass die Grundrechte nun gesichert seien. Zumindest im Vergleich zur deutschen Verfassung stimmt das nicht. Das Grundgesetz der BRD ist besser, weil die Grundrechte im Entwurf der EU - Verfassung auf unverbindlichere Grundsätze zurückgestuft wurden.

Das globale Netzwerk gegen Militärstützpunkte traf sich erneut. Hier gab es zwar einen guten Informationsaustausch, aber noch immer konnte man sich nicht auf einen globalen Anti-Militärstützpunkt-Tag einigen.

Es gab mehrere Treffen zum Thema Atomwaffen. Die europäischen Mitglieder des internationalen Netzwerkes „Abschaffung der Atomwaffen“ („Abolition“) beschlossen, den Aufbau eines strukturierten Netzwerkes „Abolition 2000 Europe“. Damit soll eine effektivere Kommunikation möglich werden. Weitere Aufgaben sind die Vorbereitung der NPT-Konferenz<sup>3</sup> 2005 in New York.

Die „Achse des Friedens“ (Berlin) gehörte zu den beteiligten Organisationen, die im Programm vermerkt waren. Wir veranstalteten einen Workshop mit Rim Farha über die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Nahen Osten. Ansonsten beteiligten wir uns aktiv am globalen Netzwerk gegen Militärstützpunkte und bei den Diskussionen über die EU-Verfassung.

Der Höhepunkt des ESF war eine machtvolle antikapitalistische Demonstration, an der ca. 100.000 Menschen teilnahmen. Bemerkenswert war eine starke Beteiligung der britischen Antikriegsbewegung. Unser eigens für London gefertigtes Transparent „Abrüstung statt Sozialabbau“ in deutsch, englisch und französisch bekam viel Beachtung und wurde noch am Demotag von einem britischen Journalisten ins Internet gestellt.

---

<sup>3</sup> Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag und Lobbyarbeit bei den EU-Abgeordneten

Die Beteiligung aus Deutschland war schlechter als in Florenz und Paris. Ob wirklich, wie erwartet, 1.500 Teilnehmer aus Deutschland da waren, ließ sich vor Ort nicht feststellen. Das ESF ist in der Sozial-Bewegung in Deutschland größtenteils ignoriert worden. Es gab nur wenige deutsche attac-Teilnehmer. Lediglich die PDS, ihre Jugendorganisation und die Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie „Linksruck“ haben als bundesweite Organisationen ernsthaft mobilisiert. Dementsprechend gering war auch die Medienresonanz in Deutschland. Selbst uns normalerweise wohlgesonnene Zeitungen wie „junge welt“ und ND brachten hauptsächlich Kritik an der Struktur und angeblich mangelnder Demokratie, wenig über Inhalte. Zum Treffen der Teilnehmer aus Deutschland kamen etwa 300 Leute. Die Debatte war sehr auf die deutschen Probleme orientiert und sehr polarisiert. Eine wichtige Diskussion war das Verhältnis von PDS und Wahlalternative und das Verhältnis der beiden zur Sozial-Bewegung.

Das Sozialforum in Erfurt im Juli 2005 wird wichtig sein, um die Debatten des ESF nach Deutschland zu bringen und auch hier einen Kristallisationspunkt zu schaffen. Denn ein Mega-Event wie das ESF oder das WSF nutzt nur wenig, wenn vor Ort kaum etwas davon überkommt.

Es kommt darauf an den Zusammenhang von Sozialabbau, Militarisierung, Aufrüstung und Globalisierung noch deutlicher zu machen, um bereits daraus eine Perspektive für gemeinsames, vernetztes Handeln zu entwickeln.

Leider war es den deutschen Vertretern in der ESF – Vorbereitungsgruppe nicht gelungen, den 8. Mai 2005 – den 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus – als europaweiten Aktionstag durchzusetzen, so dass die deutsche Friedens- und Sozialbewegung eigene Aktivitäten vorbereiten wird.

### **Folgende Absprachen wurden in London getroffen:**

- **29. 10. 2004** europaweiter Aktionstag gegen die EU-Verfassung,
- **8. - 9.1.2005** Vorbereitungstreffen des deutschen Sozialforums in Erfurt,
- **19. 3. 2005** europaweite Demo gegen die EU-Verfassung in Brüssel,
- **20. 3. 2005** Solidaritätsaktionen in allen europäischen Hauptstädten zu den Aktionen der US-Friedensbewegung zum 2. Jahrestages des Aggressionskrieges gegen den Irak,
- **2. - 9. Juli 2005** Gegengipfel zum G8 Gipfel in Gleneagles/Schottland.
- **21. - 24. Juli 2005** Deutsches Sozialforum in Erfurt,
- **März 2006** nächste ESF in Athen.